



# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 26. 30 Jahrg.

29. Juni 1917.

## ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR U. VERW. BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

### Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsenstr. 56-58 III. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

### Inhalt:

**Hauptteil:** Ein Viermillionenblock der Arbeiter und Angestellten. Rundschau. Der wissende Unternehmer. Das Kindererholungsheim der »Produktion«. Fördert den Kleinwohnungsbau! — **Allgemeines:** Willst du den Frieden? Heimarbeit für Kriegsbeschädigte. — Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

### Ein Viermillionenblock der Arbeiter und Angestellten.

Schon vor einer Reihe von Jahren haben ich in unserer »Graphischen Presse« in einer Besprechung der Kampfmittel des Unternehmertums auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Vereinigung der Arbeiter jedes Gewerbes in einer Organisation hingewiesen. Ich hob hervor, wie die Organisationszersplitterung einzig und allein dem Unternehmertum zugute kommt und wie jede Sonderorganisation, ob sie es wahrhaben will oder nicht, dem Unternehmertum Helferdienste gegen die Arbeiterschaft leistet. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Unternehmertum die gleiche Organisationszersplitterung nicht kennt, daß für seinen Zusammenschluß kein anderer Gesichtspunkt maßgebend ist als der, eine wirksame Klassenvertretung zu schaffen, so müsse man die Notwendigkeit erkennen, Mittel und Wege zu suchen, um der Organisationszersplitterung der Arbeiter ein Ende zu machen und reine Klassenvertretungen in Form von Einheitsorganisationen zu schaffen.

Wenn wir auch noch weit davon entfernt sind, diese bereits vor Jahren betonten Notwendigkeiten auf der ganzen Linie anerkannt oder gar in die Tat umgesetzt zu sehen, so kann doch wenigstens eine starke Annäherung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen in vielen Berufsgruppen und auch in der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen erfreulicherweise beobachtet und festgestellt werden.

Diese Wandlung hat hauptsächlich der Krieg mit seinen Wirkungen und Lehren zustande gebracht. Durch die zwingenden Notwendigkeiten des Krieges wurden die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen in vielen Fällen zum gemeinsamen Arbeiten und Handeln zusammengeführt. Sie waren, wenn sie ihrer Bestimmung, die Interessen ihrer Angehörigen mit aller Entschiedenheit wahrzunehmen, voll gerecht werden wollten, zum gemeinsamen Vorgehen gezwungen. Und zu den Arbeitergewerkschaften haben sich inzwischen auch bei besonderen Anlässen die Angestelltenverbände der verschiedenen Richtungen gesellt, so daß sich seit Kriegsausbruch eine gewisse *Arbeitsgemeinschaft* aller gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, d. h. also der Interessensvertretungen aller gegen Lohn- oder Gehalt beschäftigten wirtschaftlich abhängigen Personen, herausgebildet hat.

Diese Wandlung ist um so erfreulicher, wenn man bedenkt, daß vor dem Kriege von einer Gemeinschaftsarbeit der Arbeiter- und Angestelltenverbände der verschiedenen Richtungen kaum etwas zu spüren war. Gewiß hat schon lange vor dem Kriegsausbruch eine

Zentralstelle der verschiedenen Arbeiterverbände im Bergbau, die sogenannte Siebenerkommission, bestanden zu dem Zweck, möglichstste Einheitlichkeit in die gewerkschaftlichen Bewegungen der Bergarbeiter zu bringen; sie konnte leider nicht verhindern, daß die Christlichen beim Streik der Ruhrbergleute im Jahre 1912 ihre eigenen Wege gingen, so daß die Einheitlichkeit wieder in die Brüche ging. Wohl wurden ferner auch die großen Tarifbewegungen im Baugewerbe, Holzgewerbe, Malergewerbe und Schneidergewerbe schon vor dem Kriege durch die Berufsverbände der verschiedenen Richtungen gemeinsam geführt; aber die einheitlich organisierten Unternehmer werden doch bei aller Gemeinsamkeit des Vorgehens der Arbeiterverbände bei den Verhandlungen aus der organisatorischen Trennung der Arbeiter nicht selten ihren Vorteil zu ziehen verstanden haben. Wie auf gewerkschaftlichem Gebiete, so kam es auch auf sozialpolitischem Boden schon vor dem Kriege in einigen Fällen zu einer gewissen Einheitlichkeit des Handelns der verschiedenen Gewerkschaftszentralen, besonders auf dem Gebiete der Bekämpfung der Heimarbeit, die Veranlassung zu mehreren gemeinsamen Tagungen und Ausstellungen war.

Aber abgesehen von diesen erfreulichen Ausnahmen standen sich doch die verschiedenen Richtungen der Gewerkschaftsbewegung im Wettbewerb um die Gewinnung der unorganisierten Massen, in der Verschiedenheit der Auffassungen über gewerkschaftstaktische Fragen und hauptsächlich in der Gegensätzlichkeit der vertretenen politischen und Weltanschauungen feindlich gegenüber. Sie bekämpften sich gegenseitig zum Schaden für die Arbeiterschaft, zum Vorteil für das Unternehmertum, das noch immer die vermeintlichen und tatsächlichen Gegensätze unter den Arbeitern zu stützen und die Selbstzerfleischung der Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen weidlich für sich auszunutzen verstanden hat.

Erst nach dem Kriegsausbruch hat sich das Blatt einigermaßen gewendet. Die Wirkungen des Krieges, unter denen die Gewerkschaften aller Richtungen in gleicher Weise litten, lehrten sie die *Gemeinsamkeit* ihrer Aufgaben und die *Gleichartigkeit* der Wege und Möglichkeiten zur Erfüllung dieser Aufgaben erkennen. Und so wurden nicht nur die verschiedenen Berufsverbände, sondern auch die Gewerkschaftszentralen der verschiedenen Richtungen in einer ganzen Reihe von Fällen und auf verschiedenen Gebieten zu gemeinsamer Arbeit in der Kriegszeit zusammengeführt.

In vielen Industriezweigen und Berufsgruppen bildeten sich *Arbeitsgemeinschaften* zur Arbeitsbeschaffung und zur Fürsorge für die Arbeitslosen, die Kriegsteilnehmerfamilien und die Kriegsverletzten, die von den Berufsverbänden der verschiedenen Richtungen mit den Unternehmern der einzelnen Industriezweige abgeschlossen wurden. Und diesem gemeinsamen Handeln der verschiedenen Fachorganisationen in einer ganzen Reihe von Berufen schloß sich dann bald auch eine engere Füh-

lungnahme der Gesamtheit der Gewerkschaften aller Richtungen in bestimmten Angelegenheiten an, die über einzelne Berufe hinaus für die Arbeiterschaft im allgemeinen zu arbeiten und zu regeln waren.

Genannt sei nur die gemeinsame Tagung der freien, christlichen, Hirsch-Dunkerschen und polnischen Gewerkschaften im Februar 1915 zur Förderung und Verbesserung der *Arbeitsvermittlung*. Diese Tagung einigte sich ohne Schwierigkeit auf bestimmte Leitsätze, durch die die gewerkschaftlichen Forderungen für die Reform des Arbeitsnachweiswesens zusammengefaßt wurden. Der einheitliche Vorstoß der Gewerkschaften aller Richtungen hatte den Erfolg, daß die Leitsätze, die dem Bundesrat und dem Reichstage zugestellt und persönlich beim Reichskanzler vertreten worden waren, vom Reichstage mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben wurden.

Zu einer weiteren gemeinsamen Maßnahme großen Stils führte das Bemühen der Gewerkschaften aller Richtungen zur Förderung und durchgreifenden Regelung der *Kriegsbeschädigtenfürsorge*. Eine Tagung im August 1916 konnte sich ebenfalls bald auf eine Erklärung einigen, die als Grundlage für die Kriegsbeschädigtenfürsorge deren reichsgesetzliche Organisation unter paritätischer Anteilnahme von Arbeiter- und Angestelltenvertretern und eine Reihe weiterer Fürsorgemaßnahmen forderte. Einen sichtbaren Erfolg hat die Kundgebung allerdings bis jetzt noch nicht gehabt.

Die gemeinsame Stellungnahme der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen aller Richtungen zum Hilfsdienstgesetz im Dezember 1916 in Berlin, auf der rund vier Millionen organisierte Arbeiter und Angestellte vertreten waren, hat dazu beigetragen, daß die im Regierungsentwurf verlangte Blankovollmacht der Regierung vom Reichstage nicht erteilt wurde und daß die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter- und Angestelltenschaft im Rahmen des Gesetzes, soweit es überhaupt möglich war, gewahrt worden sind. Dieser Gemeinsamkeit der Arbeit ist es zu danken, daß die *gelben* Organisationsgebilde, die der Wahrnehmung der Unternehmerinteressen statt der Arbeiterinteressen dienen, in vielen die Arbeiterschaft betreffenden öffentlichen Angelegenheiten fast vollständig kaltgestellt worden sind. Schon die gemeinsame Tagung im August 1916 war mit aller Entschiedenheit von den gelben Gebilden abgerückt, indem sie einmütig erklärte, »daß sie die gelben Organisationen als *unabhängige* Vertretung von Arbeiterinteressen nicht anerkennt und das *Zusammenwirken* mit ihnen bei gemeinsamen Kundgebungen der Arbeiterorganisationen *ablehnt*«.

Neben den erwähnten drei Tagungen kam die enge Fühlungnahme der Gewerkschaften und Angestelltenverbände aller Richtungen zur gemeinsamen Wahrnehmung der Arbeiterinteressen noch in einer Reihe gemeinsamer Erklärungen, Kundgebungen und Eingaben zur Geltung.

Wenn nicht alles trügt, beginnt also der Viermillionenblock der organisierten Arbeiter und Angestellten schon immer festere Gestalt anzunehmen und so wird auch in Zukunft ein gemeinsames Wirken der Gewerkschaften und Angestelltenverbände aller Richtungen gewährleistet sein. Das erscheint als eine unbedingte Notwendigkeit, wenn wir uns die schweren Aufgaben vergegenwärtigen, die die Organisationen nach dem Friedensschluß, besonders in der Zeit des Überganges von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, zu bewältigen haben werden.

Bei diesem gemeinsamen Wirken wird es sich zunächst um rein gewerkschaftliche und wirtschaftliche Angelegenheiten handeln: um die wirksame Vertretung der Arbeiter- und Angestellteninteressen im Arbeitsverhältnis, bei der Erringung besserer Löhne und ihrer Anpassung an die durch den Krieg verursachte ungeheure Steigerung der Kosten der gesamten Lebenshaltung und an die allgemeine Geldentwertung, bei dem Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit usw. In vielen Fällen wird die gemeinsame Arbeit aber auch zur Abwehr von Versuchen des Unternehmertums zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse dringend notwendig sein. Diese Notwendigkeit wird sich hauptsächlich auch aus der während des Krieges eingetretenen ungeheuren Steigerung der Kapitalmacht und aus der Zusammenfassung aller Kräfte des Unternehmertums ergeben, die in dem Zusammenschluß der deutschen Industrie im *deutschen Industriertag* ihren deutlichen Ausdruck gefunden hat. Die Gemeinschaftsarbeit wird sich aber in Zukunft noch mehr als bisher schon über die rein gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben hinaus auch auf das große und weite Gebiet der Sozialpolitik zu erstrecken haben.

Ferner macht sich bei den Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereinen sowohl als auch in den christlichen Gewerkschaften eine gewisse Unzufriedenheit mit der Arbeiterpolitik der Parteien, auf die sich diese beiden Gewerkschaftsgruppen bisher stützten, und das Streben nach einer entschiedeneren politischen Vertretung der Arbeiterinteressen in den Parlamenten bemerkbar. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, in der diese Gewerkschaftsgruppen durch eigene parlamentarische Vertretungen in Fragen, die die breiten Volksmassen besonders berühren, so in der Abwehr der indirekten Besteuerung, der Erringung des gleichen Wahlrechts, der Sicherung des Vereinigungsrechts, des Ausbaues des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, der Begründung eines einheitlichen Arbeiterrechts usw. zu einer selbständigen und entschiedenen Arbeiterpolitik im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien gelangen, daß sie sich in allen diesen Fragen mit der Sozialdemokratie, der politischen und parlamentarischen Sachwalterin der freien Gewerkschaften, zusammenfinden unter der Führung der sozialdemokratischen Partei zu einer wirksamen Politik des gesamten vierten Standes.

Doch das sind Zukunftsaussichten und Entwicklungsmöglichkeiten, die nur angedeutet werden sollen, um zu zeigen, daß das einheitliche Wirken der Gewerkschaften und Angestelltenverbände aller Richtungen weit über die gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben hinaus auf allen Gebieten segensreich für die wirtschaftlich Abhängigen wirken kann. Daher sollte jeder einsichtige Gewerkschafter an der weiteren Festigung des Viermillionenblocks der Arbeiter und Angestellten tatkräftig mitarbeiten. Eine bedeutende Steigerung des Einflusses des vierten Standes im gesamten öffentlichen Leben wird die Folge dieser Festigung sein.

P. B.

## Rundschau.

Seid einig! Wenn ein Baum einzeln steht, wird er von den Winden gerüttelt und seiner Blät-

ter beraubt; und seine Zweige, statt sich zu erheben, senken sich, als suchten sie die Erde. — Wenn eine Pflanze einzeln steht, verdorrt und verrottet und stirbt, denn sie findet keinen Schutz gegen die Hitze der Sonne. Wenn der Mensch allein steht, beugt ihn des Windes Macht zur Erde nieder und die sengende Begehrlichkeit der Großen dieser Welt verzehrt den Saft, der ihn ernährt. Seid also nicht wie die Pflanze und wie der Baum, die allein stehen, sondern vereinigt euch, unterstüzt euch und schüzt euch wechselseitig. Solange ihr uneinig seid und jeder nur an sich denkt, habt ihr nichts als Leiden, Jammer und Unterdrückung zu hoffen. Was ist schwächer als ein Sperling und wehrloser als eine Schwalbe? Doch wenn ein Raubvogel erscheint, sind die Sperlinge und Schwalben stark genug, ihn zu verjagen, indem sie sich um ihn versammeln und ihn alle zugleich verfolgen. Nehmt ein Beispiel am Sperling und an der Schwalbe. Wer sich von seinen Brüdern trennt, dem folgt die Furcht, wenn er geht; sie setzt sich zu ihm, wenn er ausruht, und selbst in seinem Schlummer verläßt sie ihn nicht. Darum, wenn man euch fragt: Wie viele seid ihr? antwortet: Wir sind eins; denn unsere Brüder, das sind wir, und wir, das sind unsere Brüder.

Lamennais.

**Krieg in der Tapetenindustrie.** Der Beschluß der Fabrikantenvereinigung, den im Handel bisher üblichen Kassarabatt von 5 Proz. auf 3 Proz. herabzusetzen, hat die bisher schon vorhandenen Gegensätze zum offenen Ausbruch gebracht. Einzelhändler und örtliche Vereinigungen der Händler haben offen erklärt, sich diesem Beschluß nicht fügen zu wollen. Der Verband deutscher Tapetenfabrikanten, Sitz Chemnitz, stellte darauf ein Ultimatum: entweder Anerkennung der Herabsetzung oder ihr erhaltet keine Lieferung mehr! Bereits haben sich die Berliner Händler in einer Versammlung am 30. Mai d. Js. verständigt, eine selbständige Organisation aller Händler zu schaffen, die sowohl die Verbandsware führenden als auch die sogenannten Außenseiter umfaßt. Zwar wurde beschwichtigend gesagt: es handle sich nicht um eine Zusammenfassung des ganzen Händlerstandes, doch ändert dies an den Charakter der Kämpfe nichts. Die Händler, die sich hauptsächlich in dem Organ der bisherigen Außenseiter: *Die Tapete*, dazu äußern, sind durchaus kriegerisch gestimmt und legen den Nachdruck auf die Abwehr der Fabrikantenziele. Immerhin besteht die Möglichkeit, daß die kartellartige Vereinigung, die zum Teil zwischen Fabrikanten und Händlern in der Tapetenbranche besteht, dadurch aufliegen könnte. Der Krieg hat genügend Explosionsstoffe aufgehäuft. Der Beschluß am Anfang des Krieges, keine neue Musterkarten herauszugeben, der, die dem Kartell angeschlossenen Händler den freien Händlern gegenüber benachteiligte, hat ebenfalls nicht wenig zu der gegenseitigen Erbitterung beigetragen.

**Ankauf einer Kunstanstalt.** Die Firma: Wiedemannsche Druckerei A.-G. in Saalfeld, erwarb die seit 17 Jahren bestehende Stein- und Keramik- und Buntdruckerei, G. m. b. H., in Leipzig. Wie wir früher berichteten nahm die Firma Wiedemann während der Kriegszeit die Fabrikation von Geschloßkörpern auf. Dieser Wechsel scheint nicht zum Schaden der Firma gewesen zu sein.

**Geschäftsergebnisse:** Die Firma *Emil Pinkau & Co. A.-G. Leipzig*, erzielte im Geschäftsjahre 1916 einen Betriebsgewinn von 840601 Mk., gegen 774303 Mk. im Vorjahre. Dabei belief sich nach Deckung aller Unkosten und Abschreibungen ein Reingewinn von 228497 Mk. (i. Vj. 211477 Mk.). Nach Abzug von 81000 Mk. für Rückstellungen wird ein Gewinn von 6 v. H. zur Verteilung kommen. Wie im Vorstandsbericht ausgeführt wird, hat sich der Bedarf in den Erzeugnissen im Inland und in den verbündeten und neutralen Ländern nicht nur erhalten, sondern noch vergrößert. Wengleich sich auch die Verluste in dem Berichtsjahr in mäßigen Grenzen gehalten haben, so glaubt die Verwaltung doch im Hinblick auf die politischen Ereignisse eine weitere Stärkung des Delkrederfonds und des Kriegsrückstellungskontos durch Überweisung von 30000 Mk. bzw. 50000 Mk. aus dem Gewinn des vergangenen Jahres vorschlagen zu können. Das neue Geschäftsjahr hat sich, wie der Vorstand bemerkt, bislang befriedigend angelesen. — Die Firma *Konrad Deines jr. A.-G., Lithograph. Kunstanstalt, Hanau a. M.*, erzielte im letzten Geschäftsjahr bei einem Vortrage von 24332 Mk. (21000 Mk.) einen Gewinn von 313498 Mk. (141713 Mk.). Hiervon werden 58498 Mk. (42380 Mk.) zu Abschreibungen, 30000 Mk. (15000 Mk.) für Tantiemen und Gratifikationen verwendet, den Rücklagen 80000 Mk. zugeführt und 25000 Mk. (24333 Mk.) auf neue Rechnung vorgetragen. Als Gewinn werden 20 v. H. (i. Vj. 10 v. H.) verteilt. Alle Betriebsabteilungen waren stark beschäftigt, so daß u. a. die Druckereiabteilung erweitert werden mußte.

**Zusammenschluß in der Werkzeugindustrie.** Um die bisherigen Schwierigkeiten in der Versorgung der Heeresverwaltung und der Rüstungsindustrie mit ausreichender Menge Werkzeug zu beseitigen, haben sich die verschiedenen Zweige in der Werkzeugindustrie zu einer Reihe von Vereinigungen zusammengeschlossen. Diese sind ihrerseits wiederum zusammengeschlossen in dem

Werkzeug- und Stahlkontor G. m. b. H. in Remscheid, das seinerseits den Einkauf des Rohmaterials, insbesondere der Stahlmengen für alle Vereinigungen vereinigt und die Zuweisung auf die einzelnen Vereinigungen vornimmt. Es stellt zugleich die Vertretung der gesamten Vereinigung dar und hat auch die Aufgabe, die gemeinsamen Interessen der ganzen Werkzeugindustrie zu vertreten. So nimmt die Konzentration des Kapitals unter Einwirkung des Krieges ein Siebenmeilen-tempo an.

**Erweiterung der Krankenversicherung.** Für die Erhöhung der Einkommensgrenze in der Krankenversicherung von 2500 auf 3000 Mk. tritt eine Eingabe der Gesellschaft für Sozial-Reform ein, der sich fast sämtliche Angestelltenverbände angeschlossen haben. Sollte der Bundesrat diese Erhöhung ablehnen, so wird angeregt, Kriegszulagen hinsichtlich der Krankenversicherungspflicht nicht anzurechnen, sofern durch sie die Einkommensgrenze überschritten wird; Begründet wird die Eingabe mit dem Hinweis auf die Gefahr, daß die aus der Krankenversicherung Ausscheidenden infolge der Teuerungsverhältnisse außerstande waren, bei Erkrankungen ärztliche Pflege aus eigenen Mitteln in Anspruch zu nehmen.

**Grünes Gemüse.** Im Laufe des vergangenen Winters ist in der Bevölkerung in größerer Häufigkeit eine Erkrankung aufgetreten, die von Laien aber auch von Ärzten vielfach als Nierenentzündung angesprochen wurde und auf den einseitigen Genuß von Kohlrüben zurückgeführt wurde. Die Erscheinungen der Erkrankung bestehen in einer großen Schwäche und Hinfälligkeit der Betroffenen, die sich bis zu tiefen Ohnmachten steigern kann. Die Farbe des Gesichtes und der Schleimhäute ist wässern blaß; es bestehen Ödeme — wasserhaltige Anschwellungen — der Lider und der Extremitäten. Das Blut ist dünnflüssig, wässrig, nicht klebrig und zeigt eine geringe Vermehrung der Leukozyten. Der Urin hat eine grüngelbliche Färbung. Der Privatdozent *Dr. Döllner*, Gerichtsarzt in Duisburg, hat nun, wie er in der *Münchener Medizinischen Wochenschrift* mitteilt, eine Anzahl solcher Kranker behandelt und dabei gefunden, daß es sich keineswegs um eine Nierenkrankung, sondern um eine einfache, in ihren Folgen freilich sehr tiefgreifende Ernährungsstörung handelt. Gegen die Annahme einer Nierenentzündung spricht schon die Tatsache, daß im Urin der Kranken kein Eiweiß gefunden wurde. *Dr. Döllner* hat ein ganz ähnliches Krankheitsbild wie das hier geschilderte im Jahre 1915 in Polen beobachtet. Dort sprachen die Leute von der *„Hungerkrankheit“*; doch erklärten die Befragten durchweg, daß sie sich vollkommen satt essen könnten, freilich nur an Kartoffeln. Durch Zufuhr von Fett und grünen Gemüsen — Spinat, Rosenkohl, usw. — sowie von Kakao konnten die Erscheinungen in wenigen Tagen beseitigt werden. Auch in den jetzt vorliegenden Fällen handelt es sich nach *Dr. Döllner*'s Ansicht um eine Ernährungsstörung, die durch den im letzten Winter besonders fühlbaren Mangel an *grünen Gemüsen* und den darin enthaltenen Salzen — Eisen, Kalk, Natriumphosphat usw. — verursacht worden ist. Dadurch entsteht eine falsche Zusammensetzung des Blutes, die von Lahmman sogenannte diätetische Blutentmischung, die zur Ursache von allerlei Krankheiten werden kann. Im Winter war dem die Ursachen bildenden Übel leider nicht beizukommen. Heute aber, wo das grüne Gemüse in großen Mengen und zu relativen Preisen auf dem Markte zu haben ist, muß man die Aufforderung an die Bevölkerung richten, die günstige Zeit zu benutzen, um sich von Schädigungen der Winterernährung zu heilen und dem Körper einen neuen Fonds von Kraft zuzuführen, der ihn befähigen mag, über eine spätere wieder gemüsearme Zeit hinwegzuhelfen. Bemerk sei noch, daß auch das *Obst*, wenn es auch gerade nicht das Chlorophyll der grünen Gemüse besitzt, außerordentlich reich an Nährsalzen ist und besonders in seiner Fruchtsäure wieder andere dem Organismus sehr zuträgliche Stoffe besitzt. *G. D.*

## Der wissende Unternehmer!

Vor dem Schlichtungsausschuß Oldenburg II ist am 13. Juni eine Beschwerde eines Schlossers gegen die Gute Hoffmanns Hütte zu Ahlhorn wegen Verweigerung des Abkehrscheins verhandelt. Der Schlosser hatte einen Stundenlohn von 88 Pfg. und konnte in Köln 1 Mk. bekommen. Außerdem war er in Köln bei seiner Familie. Der Vertreter der Firma führte demgegenüber aus, daß sie sehr wichtige Arbeiten hätten. Der Beschwerdeführer sei ihr direkt zu dieser Arbeit zukommend, Ersatz sei überhaupt nicht zu bekommen, während zu der Arbeit des Kölner Betriebes viel leichter Arbeiter zu erhalten seien. Außerdem sei der Beschwerdeführer ein guter Arbeiter, und wolle die Hütte ihm noch 2 Pfg. zulegen. Was dann noch fehle spare er, da er in Ahlhorn billige Verpflegung beim Werk habe, die ihm selbst in Köln trotz Zusammenleben mit seiner Familie teurer kommen würde. Letzteres bestritt der Schlosser ganz entschieden. Er habe Kriegstraumung gemacht, jetzt gehe alles für Lebensunterhalt des getrennten Haushalts drauf, er müsse Möbel haben. Jetzt

könne er sich nichts anschaffen oder erbrühen, und wenn der Krieg vorbei wäre, säße er vor dem Nichts.

Nun haben die Maurer in Ahlhorn einen Stundenlohn von 99 Pfg., und ein erheblicher Teil derselben hat noch einige Pfennige mehr.

Ein Arbeitgeberbesitzer machte daher der Hütte den Vorschlag dem Beschwerdeführer 1 Mk. Stundenlohn zu geben. Der Vertreter der Hütte lehnte das mit größter Energie ab, noch dazu die Vorarbeiter nur 95 Pfg. bekämen.

Der Vorsitzende sagte dann, die Maurer hätten doch 1 Mk. Stundenlohn, lernten nur drei Jahre, während die Schlosser sogar vier Jahre lernten. In schärfster Tonart erwiderte der Vertreter der Hütte:

»Das ist gar kein Vergleich meine Herren. Die Maurer sind organisiert, und haben dadurch ihre Tarife mit den Löhnen, unsere Schlosser sind nicht organisiert, und können darum auch solche Löhne nicht haben! — Vors.: Organisiert oder nicht organisiert hat doch damit nichts zu tun. Vertreter der Hütte: »Jawohl, wären die Maurer nicht so organisiert, hätten sie auch diese Löhne nicht.«

Aus formellen Gründen konnte das Urteil noch nicht gefällt werden, es ist bei diesen Ausschuß zu befürchten, daß die Beschwerde zurückgewiesen wird, und damit der Abkehrschein verweigert ist. Aber ganz gleich wie es kommt, wir wünschen, daß jeder Kollege und Arbeiter das Wissen dieses Unternehmervertreters hätte.

### Ein Kinder-Erholungsheim der „Produktion“

Die in so vieler Beziehung mustergiltige Hamburger Konsum-Genossenschaft »Produktion« hat kürzlich den Grund zu einer neuen vorbildlichen Einrichtung gelegt: sie hat beschlossen, aus dem 2,3 Millionen betragenden Reingewinne des letzten Jahres 1 Million zur Errichtung einer wohlthätigen Stiftung zu verwenden, aus deren Zinsen schulpflichtige Kinder der Mitglieder unter bestimmten Voraussetzungen vier Wochen unentgeltlich in einem von ihr zu errichtenden Erholungsheime verpflegt werden sollen. Da bei einer Verzinsung des Kapitals zu 5% jährlich 50000 Mk. zur Verfügung stehen würden, so können aus der Stiftung alljährlich rund 1000 Kinder je einen Monat in Erholungsheimen verpflegt werden unter der Voraussetzung, daß das Heim das ganze Jahr geöffnet ist. Voraussichtlich wird das Heim an der Ostsee errichtet werden, wo ja auch Winterkuren von gutem Erfolg sind. Der Antrag der Verwaltung wurde sowohl vom Mitgliederausschuß als auch von der Generalversammlung einstimmig und begeistert gutgeheißen. Für die Aufnahme der Kinder soll, nach dem vorläufigen Aufruf, die Dauer der Mitgliedschaft des Vaters oder der Mutter und der Umsatz, bei dem aber die Größe der Familie berücksichtigt wird, maßgebend sein. Genossenschaftliche Ferienheime für Angestellte gab es schon seit längerer Zeit; dies aber ist die erste derartige Stiftung für Mitglieder oder deren Angehörige und die »Produktion« kann stolz sein, daß sie auch hierin wieder Wegweiser geworden ist. Das letzte Geschäftsjahr 1916 hat die »Produktion« wieder einen guten Schritt vorwärts gebracht. Die Mitgliederzahl der Genossenschaft stieg von 84000 auf 103000; der Bruttoumsatz des Handelsunternehmens schnellte sogar von 31 auf 46 Millionen Mk. in die Höhe. In ihren verschiedenen Produktions-Betrieben beschäftigt die »Produktion« 2500 Personen. Die Hamburger Genossenschaft ist bei weitem die kapitalkräftigste Genossenschaft Deutschlands. Sie besitzt zur Zeit 907 Wohnungen, von denen am Jahreschlusse nur 4 leer standen.

G. D.

### Fördert den Kleinwohnungsbau!

Als nach dem Kriege von 1870/71 die siegreichen Krieger in ihre Heimat zurückkehrten, hatte man für ihre Unterkunft in verschiedenen Orten gar keine Vorsorge getroffen. Es entstand eine Wohnungsnot, und in Berlin waren nach einem Polizeibericht am 1. Oktober 1871 nicht weniger als 10600 Familien obdachlos. Da sich die Obdachlosen auf dem Felde vor dem Frankfurter Tor Baracken erbauten und die Polizei diese Baracken niederreißen ließ, so kam es zu regelrechten Straßenkämpfen mit Barrikadenbauten. An den Kämpfen waren über 600 Schutzleute beteiligt, von denen mehr als 100 verwundet wurden. Außerdem wurde in den Kasernen Militär zum Aufmarsch bereit gehalten. Daß bei den Kämpfen auch viele Zivilisten verwundet wurden, versteht sich am Rande.

Nach dem jetzigen Kriege besteht die Gefahr einer noch größeren und allgemeineren Wohnungsnot, und diese Gefahr trägt die Gefahr von Unruhen wieder im Schoße. Es ist daher die Pflicht aller maßgebenden Körperschaften im Reich, Staat und Gemeinden, der drohenden Wohnungsnot rechtzeitig mit allen erfolgversprechenden Mitteln entgegenzuwirken. Schon vor dem Kriege herrschte in vielen Orten ein Mangel an Wohnungen, besonders an Kleinwohnungen, so daß teilweise die Behörden eingreifen und für kinderreiche Familien Stifftwohnungen und andere städtische Räume

zur Verfügung stellen mußten. Nach Ausbruch des Krieges, als infolge der Einberufungen der Männer viele Haushaltungen aufgelöst wurden, nahm zwar das Wohnungsangebot vorübergehend zu, und zeitweilig gab es in den meisten Orten sogar einen über den normalen Stand hinausgehenden Wohnungsüberschuß. Aber dieser Überschuß erstreckte sich in der Hauptsache auf größere und mittlere Wohnungen, sowie auf Wohnungen mit Geschäftsräumen. Die Zahl der leerstehenden kleinen Wohnungen hatte zwar anfänglich auch zugenommen; aber da viele Mieter, die vor dem Kriege größere Wohnungen bewohnt hatten, in Kleinwohnungen übersiedelten, so machte sich bei diesen bald ein Stillstand des Steigens oder gar eine rückläufige Bewegung bemerkbar. Heute besteht schon in vielen Orten wieder ein Kleinwohnungs-mangel, oder es ist doch von einem wesentlichen Überschuß an Kleinwohnungen keine Rede mehr.

Nach dem Kriege ist aber eine starke Nachfrage nach Wohnungen zu erwarten. Einmal werden dann viele der aufgelösten Wohnungen neu gegründet werden, die Kriegerfrauen, die während des Krieges allein oder mit ihren Kindern zu ihren Eltern oder sonstigen Verwandten — teilweise aufs Land — übersiedelt waren, werden sich mit den heimkehrenden Gatten wieder vereinigen. Dazu kommt die große Zahl der Kriegsgeliebten, die sich nach dem Kriege fast ausnahmslos eine eigene Häuslichkeit einrichten werden, und schließlich ist zu erwarten, daß die Zahl der Eheschließungen wie nach jedem Kriege, so auch nach diesem sehr groß sein wird. Nach diesem umso mehr, weil während seiner langen Dauer besonders viele junge Leute das heiratsfähige Alter erreichten. So steht nach dem Kriege ein gewaltiger Ansturm auf dem Wohnungsmarkt zu erwarten, ein Ansturm, der auch dadurch nicht wesentlich gemindert werden wird, daß während des Krieges viele Tausend Familienväter gefallen sind. Denn auch die Familien der Gefallenen können nicht ohne Wohnungen sein; sie werden sich höchstens mit kleineren Wohnungen als früher begnügen und damit die Kleinwohnungsnot noch steigern. Verschlummernd fällt hier ins Gewicht, daß während des Krieges der Wohnungsbau stark eingeschränkt war und zum Teil ganz geruht hat. Was das bedeutet, begreift man, wenn man erwägt, daß Deutschland vor dem Kriege für seinen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 800—900000 Menschen alljährlich etwa 200000 neue Wohnungen brauchte, den nötigen Ersatz für abgängige Wohnungen nicht einbegriffen.

Nun ist aber bei Beendigung des Krieges auf eine lebhaft private Wohnungsbautätigkeit nicht zu rechnen. Der Geldbedarf des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden wird auch nach dem Kriege so groß sein, daß für die private Bautätigkeit, die ja zum allergrößten Teil auf fremdes Geld angewiesen ist, nicht mehr viel übrig bleibt, zumal ja auch die notwendige Wiederauffüllung unserer Rohstofflager und die Heranschaffung der nötigen Lebensmittel große Summen verschlingen wird. Soweit aber das Baugewerbe private Gelder trotzdem beschaffen kann, werden die Zinsen dafür so hoch sein, daß die Bauten und damit auch die Wohnungen stark verteuert werden. Dies umso mehr, da ja heute das Reich für seine Kriegsanleihen schon Zinsen zahlen muß, die über die früher für Baugelder und Hypotheken gewährten Zinsen erheblich hinausgehen.

Unter diesen Umständen ist die Hilfe von Reich, Staat und Gemeinden zur Abwendung der drohenden Wohnungsnot dringend erforderlich. Geschehen kann dies besonders durch die Hergabe billigen Baulandes an gemeinnützige Genossenschaften und an solche private Unternehmer, die sich zur Errichtung von Kleinwohnungen auf gemeinnütziger Grundlage verpflichten. Es sollte nicht mehr vorkommen, daß, wie das vor einiger Zeit in Mainz geschah, das Reich die Hergabe billigen Baulandes zur Förderung des Kleinwohnungsbaues mit der Begründung ablehnt, die Förderung des Kleinwohnungsbaues sei nicht in erster Linie Sache des Reiches. An der Verhinderung einer Kleinwohnungsnot ist das Reich nicht minder interessiert als die Einzelstaaten und Gemeinden. Ferner können Reich, Einzelstaaten und Gemeinden das Kleinwohnungswesen dadurch fördern, daß sie gemeinnützigen Bauvereinigungen und solchen Unternehmern, die sich zur Errichtung von Kleinwohnungen auf gemeinnütziger Grundlage verpflichten, Darlehen zu billigem Zinsfuß zur Verfügung stellen und für zweite Hypotheken die Garantien übernehmen. Die preussische Regierung hat auf diesem Gebiete einen wichtigen Schritt getan, indem sie vom Landtag zehn Millionen Mark forderte, um durch die Übernahme der Bürgschaft für zweite Hypotheken an gemeinnützige Bauvereinigungen das Kleinwohnungswesen fördern zu können. Darüber hinaus will sie sich bei gemeinnützigen Bauvereinigungen mit Stammeinlagen in der Höhe von 20 Millionen Mark beteiligen. Eine Anzahl Städte haben ebenfalls durch Gewährung billiger Darlehen an Bauvereinigungen oder durch den Bau eigener Einfamilienhäuser für kinderreiche Familien ähnliche Schritte getan. Doch reicht das, was bis jetzt auf diesem Gebiete geschehen ist, zur Abwendung einer Kleinwohnungsnot noch nicht im entferntesten aus. Es wäre deshalb sehr zu wünschen, wenn sich außer Reich, Staat und Ge-

meinden auch alle Träger unserer sozialen Versicherung, und zwar außer den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte besonders auch die Krankenkassen, nach besten Kräften an der Förderung des Kleinwohnungsbaues beteiligen wollten. Dies umso mehr, als bei dem bekannten Einfluß des Wohnungswesens auf die Volksgesundheit an der Herstellung genügend gesunder und billiger Kleinwohnungen alle mehr oder weniger selbst interessiert sind.

Maßnahmen gegen die drohende Kleinwohnungsnot sind daher auch deshalb notwendig, weil ohne sie eine gewaltige Steigerung der Mieten zu erwarten ist. Heute schon rechnet man in den Kreisen der Hausbesitzer und Bauunternehmer damit, daß sich i. a. dem Kriege Neubauwohnungen auf privatwirtschaftlicher Grundlage und bei einer Mietssteigerung von etwa 33 Prozent rentabel errichten lassen. Trete eine solche Mietssteigerung für Neubauwohnungen ein, so wäre eine allgemeine Steigerung der Wohnungsmieten in etwa gleicher Höhe unausbleiblich; denn bei allgemeinen Wohnungsmangel zieht eine Mietssteigerung für Neubauwohnungen erfahrungsgemäß eine allgemeine Mietspreissteigerung automatisch nach sich. Eine solche Mietspreissteigerung wäre aber angesichts der ohnedies stark verschlechterten Lebenshaltung der breitesten Volksmassen nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die kleineren und mittleren Beamten und den ganzen auf Lohneinkommen angewiesenen Mittelstand einfach untraglich. Es ist klar, daß ein solcher Zustand nach dem Kriege nicht wünschenswert ist; denn da gibt es genug zu tun, um unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Umso mehr ist es Pflicht aller, die eine Verantwortung tragen, diesen Gefahren entgegenzuwirken. Und zwar müssen mindestens die Vorarbeiten dazu frühzeitig begonnen werden; denn wenn der Krieg zu Ende ist und unsere Krieger zurückströmen, dann ist es dazu zu spät.

### Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

### Willst du den Frieden?

Zur Abwechslung wendet sich das Schutzverbandsorgan: »Deutsches Steindruckgewerbe« wieder einmal gegen Tarifabschlüsse. Eine Zeilang war Ruhe über den Wassern, nachdem vorher in bunter Folge warme Worte für Verständigung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, bald wilde Angriffe gegen den  $\ddagger$  Gehilfenverband darin zu finden waren. Dieses erbauliche Spiel scheint uns so recht ein Spiegelbild des Zustandes, wie er sich in der Mitgliedschaft des Schutzverbandes darstellt, zu sein. Denn kein vernünftiger Mensch wird glauben, daß diese sich scharf widersprechenden Meinungsverschiedenheiten der Ausdruck einer einheitlichen Willensrichtung wären. Uns scheint vielmehr, daß auch im Schutzverband so ein schwacher Einschlag von Demokratie vorhanden ist, zu wenig, um selbst Majoritäten genügend zu Worte kommen zu lassen, zu viel, um diese gänzlich unterdrücken zu können. So sicken nur hin und wieder durch die starre autokratische Verpackung dieser Organisation etwas von dem gewaltigen geistigen Ringkampf durch, etwa wie Butter durch die täuschende Verpackung eines Schleihhandels Pakets.

Diesmal muß die neue allgemeine tarifliche Teuerungszulage der Buchdrucker das Material abgeben. Der Inhalt ist kurz folgender: Die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe hätten bewiesen, daß ein Tarifvertrag nur den Arbeitnehmern Nutzen bringt. Die Gehilfenschaft im Buchdruckgewerbe habe während der langen Friedenszeit einen gewaltigen Fond ansammeln können, der als Rüstung für den gewerblichen Krieg dienen soll, nach dem Grundsatz: Willst du den Frieden, dann rüste für den Krieg. Dieser Fond würde bei allen tariflichen Verhandlungen den Unternehmern drohend unter die Nase gehalten. Da aber diese selbst erst spät mit ähnlicher Rüstung begannen, könnten sie den Vorsprung der Gehilfen wohl niemals einholen. Die Unternehmer seien daher stets die Schwächeren wie sich auch wieder aus den Vorgängen während der Kriegszeit zeige. Wörtlich lesen wir dann weiter:

»Für das Buchdruckgewerbe sind nämlich während des Krieges zum 3. Male allgemeine Lohnzulagen bewilligt worden. Dabei ist zu beachten, daß die Löhne infolge der durch den Krieg hervorgerufenen Verschiebung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage sowieso im freien Spiel der Kräfte schon bedeutend in die Höhe gegangen sind. Es ist uns bekannt, daß in weiten Kreisen der Arbeitgeber des Buchdruckgewerbes große Unzufriedenheit mit der bisherigen Tarif-Politik herrscht. Die letzte allgemeine Lohnzulage hat diese Unzufriedenheit wieder heftig zum Ausdruck gebracht, wie ein uns vorliegender Bericht der »Mitteilungen der Freien Vereinigung tariftreuer Buchdruckereibesitzer« über eine Versammlung be-  
weist. Es sei bemerkt, daß dieser Vereinigung

sehr bedeutende Firmen des Buchdruckgewerbes angehören, die den Tarifvertrag anerkannt haben...

Wir wollen uns den Bericht selbst schenken, den das Steindruckgewerbe für so bedeutsam hält, daß es ihn in langen Auszügen zum Abzug bringt...

Mit diesem Bericht soll der Glaube erweckt werden, als sei es nun endlich auch im Buchdruckgewerbe mit dem Tarifvertrag bald zu Ende...

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text... Nur einige kleine Richtigstellungen seien hierzu angeführt. Die Freie Vereinigung tariffreier Buchdruckereibesitzer, der sehr bedeutende Firmen des Buchdruckgewerbes angehören...

Es muß verdammt schlecht um die Sache unserer Scharfmacher im Steindruckgewerbe stehen, wenn sie schon mit solchen rostigen Waffen kämpfen müssen.

Heimarbeit für Kriegsbeschädigte?

Bei dem ungeheuren Ausfall an Arbeitskräften, den der Krieg gebracht hat, wird die Beschäftigung Kriegsbeschädigter zu einem volkswirtschaftlich ungemein wichtigen Problem. In allen Krisen ist man eifrig damit beschäftigt, neue Wege ausfindig zu machen...

in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigten Arbeitern, bei den vielen Nervenkranken, den Epileptikern, den Herz- und Lungenkranken. Für diese dürfte allerdings häufig die Einfügung in den Fabrikbetrieb nicht erträglich sein...

Wenn wir also für diese Kriegskranken eine Beschäftigung im Fabrikbetriebe nicht immer für empfehlenswert halten, so doch nicht aus dem Grunde, den Dr. Käte Gaebel in den Sozialen Praxis (Nr. 16 dieses Jahres) dafür ins Feld führt...

Nein, das ist es nicht! Das Interesse des Unternehmers müßte sich auch der Erhaltung dieser Kriegskranken unterordnen, wenn nicht der Zustand der Kranken selbst es verbieten würde...

Wenn der Heimatdank und die sonstigen Befürworter dieser Idee eine Abtrennung besonders leicht auszuführender Teilarbeiten aus den Fabrikbetrieben anregen, so zweifeln wir sehr daran, daß sich gerade der leistungsfähige Großbetrieb auf eine solche Dezentralisation einlassen wird...

Von den Verfehdern dieser Idee wird ja auch selbst auf die günstige Möglichkeit hingewiesen, daß im Falle einer Arbeitsunfähigkeit des Kranken die Frau als Helferin in die Lücke treten könnte...

Eine solche Hilfe für die armen unglücklichen Kriegskranken wäre doch eine mehr als zweifelhafte Wohltat. Das haben sie nicht verdient! Es müssen sich andere Wege finden lassen, die vor dem Elend der Heimarbeit, das auch hinter diesem gutgemeinten Vorschlag lauert, bewahren...

den. Wir haben im Frieden für alle möglichen Arten von Kranken Heil- und Erholungsstätten errichtet, haben auf Wochen die Arbeiter aus ihrer beruflichen Tätigkeit herausgenommen. Wie häufig ist der in sechs und mehr Wochen erzielte Erfolg in knapp vierzehn Tagen wieder hinfällig geworden...

Auch diese Kriegskranken bedürfen einer langen Heilbehandlung, die nur in Verbindung mit zweckmäßiger Beschäftigung wirkungsvoll und rentabel gemacht werden kann. Darum laßt uns Heilstätten schaffen, die Betriebsstätten zugleich sein können...

Vom Büchertisch.

Die deutschen Gewerkschaften im Kriege. Vorwürfe, die jetzt häufig wieder gegen die deutschen Gewerkschaften und ihre Leitungen erhoben werden, sind einer der unzähligen Beweise dafür, wie rasch die Menschen vergessen. Die Gefahren, von denen die Existenz der Gewerkschaften selbst bei Kriegsausbruch bedroht werden mußte...

Stellenangebote
Zum baldigen Eintritt findet ein militärfreier, tüchtiger Reprod.-Photograph für Auto u. Strich sowie ein guter Strich- u. Auto-Ätzer Stellung.

Verschiedenes
Schmutzige Hände, vorzüglich gereinigt durch Terrahas Handwaschmittel. Musterstück (115 Gramm) franko bei Einsendung von 50 Pfg. H. Terrahe, Stadtlohn i. W.

Gummitücher
gebrauchte, für Offsetpressen nicht mehr geeignet, (aber nur alte Friedensqualität) werden zu kaufen gesucht. Angebote mit Angabe des Gewichtes, der Grössen und Preise erbittet Hugo Franke, Tiefbauunternehmer, Zeitz (Prov. Sachsen).

Tüchtige Steindruck-Maschinenmeister und tüchtige Umdrucker gesucht. Graphia, Kunstanstalt und Druckereien, Mündern, Nymphenburgerstr.125.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung Auskünfte durch die Barmen Kunstgewerbeschule. Der praktische Umdrucker, Von Bernhard Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdruckes. Preis inkl. Porto 85 Pfg. Conrad Müller, Sökeuditz.

Roulett., Fadenstichel Fräser u.s.w. in bester Ausführung fert. an Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO, Naunynstraße 69. Inserate sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

Verbandsnachrichten
Achtung! Hamburg! Alle Sendungen sind zu richten: An den Verband der Lithographen, Steindruckere, u. verw. Berufe, Hamburg, Verbandsbüro, Besenbinderhof 57, IV, Zimmer 50 (Gewerkschaftshaus).